

Zusammenhalten # in unseren Städten

Hauptversammlung des Deutschen Städtetages
vom 4. bis 6. Juni 2019 in Dortmund

Forenpapiere



DORTMUND



Fotos: S. 5 – 1. Wolfgang Borrs, 2. dielichtbildmanufaktur, 3. Laurence Chaperon / S. 10 – 1. Beatrice Teydel, 2. Gabriel Moreno, 3. Difu / S. 15 – 1. Marlen Helene, 2. Volker Wiciok, 3. Christoph Papsch / S. 20 – 1. privat, 2. Anja Beutler, 3. Armin Maier, 4. Werner Bartsch / S. 24 – 1. Alexander Heimann, 2. privat, 3. Theo Klein, 4. Heike Schröder (VDV) / S. 29 – 1. privat, 2. privat, 3. privat, 4. ZGF

Inhaltsverzeichnis

Forum A

Städte leben Zusammenhalt – Vielfalt und Integration gehören dazu **Seite 4**

Forum B

Haushalts- und Sozialpolitik nachhaltig gestalten – für Jung und Alt **Seite 9**

Forum C

Gemeinsam Herausforderungen meistern – in Europa und weltweit **Seite 14**

Forum D

Hochkultur und Freie Szene – Zusammenhalten im Quartier **Seite 19**

Forum E

Mobilität in Stadt und Region – nachhaltig und gemeinsam **Seite 23**

Interfraktionelle Frauensitzung

**Gleichstellung – ein Gradmesser für Demokratie und
Zusammenhalt in den Städten** **Seite 28**

Städte leben Zusammenhalt – Vielfalt und Integration gehören dazu

Die Fluchtmigration und die damit einhergehenden Herausforderungen haben die öffentliche Diskussion geprägt und prägen sie bis heute. In der Gesellschaft kann eine Polarisierung entlang der Frage um die Flüchtlingszuwanderung festgestellt werden. Zentrale Aufgabe der Städte ist es, das soziale Zusammenleben

vor Ort zu gestalten, die Integration von zugewanderten Menschen ist dabei ein wesentlicher Punkt. Wie steht es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Städten nach der Fluchtmigration in den letzten Jahren? Welchen Stellenwert hat die Integration? Mit diesen Fragen wird sich das Forum beschäftigen.

Mittwoch, 5. Juni 2019:

14:30 bis 15:30 Uhr

Veranstaltungsort:

Messe Dortmund (Eingang Nord)
Rheinlanddamm 200
44139 Dortmund

Der Raum wird vor Ort bekannt gegeben.

Gesprächsrunde:

Prof. Dr. Thomas K. Bauer

Vorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration

Wolfgang Griesert

Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück und Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages

Serap Güler

Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Moderatorin:

Asli Sevindim

Moderatorin WDR, Aktuelle Stunde

Hauptgeschäftsstelle:

Dr. Uda Bastians

Beigeordnete des Deutschen Städtetages
im Dezernat Recht und Verwaltung

Kirstin Walsleben

Hauptreferentin des Deutschen Städtetages
im Dezernat Recht und Verwaltung

Prof. Dr.

Thomas K. Bauer

Vorsitzender des
Sachverständigenrates
deutscher Stiftungen
für Integration und
Migration



„Sozialer Zusammenhalt kann sich nur dort entwickeln, wo Menschen einander begegnen und kennenlernen. Deshalb ist es wichtig, dass Städte Räume bieten, in denen solche Begegnungen – über das Zusammentreffen in der Kita, in der Schule, am Arbeitsplatz hinaus – stattfinden können und allen offenstehen, auch den neu Zugewanderten. Städte können beispielsweise Akteure vor Ort fördern, die Flüchtlinge bei Behördengängen oder der Arbeitsplatzsuche unterstützen oder gemeinsame Freizeitaktivitäten anbieten. Damit die Integration gelingt, ist zielgruppengerechte Sprachförderung besonders wichtig.“

„Osnabrück lebt als Friedensstadt den Leitgedanken „Frieden als Aufgabe – dem Frieden verpflichtet“ und ist stolz auf ihre gelebte Vielfalt. Zugewanderte sind seit Jahrzehnten Teil der Bürgerschaft. Anhaltend hohe Wanderungsintensitäten, eine wachsende diverse Gesellschaft aber auch aktuelle Fluchtbewegungen erfordern jedoch ein neues Denken im Sinne eines ganzheitlichen Integrationsmanagements bei dem Stadtrat, Stadtverwaltung, Bürgergesellschaft und Institutionen eng zusammenarbeiten.“



Wolfgang Griesert

Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und
Stellvertreter des
Präsidenten des
Deutschen Städtetages

Serap Güler

Staatssekretärin für
Integration im
Ministerium für Kinder,
Familie, Flüchtlinge und
Integration des Landes
Nordrhein-Westfalen



„Mehr als 4,6 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen haben eine Einwanderungsgeschichte. Vielfalt und Zusammenhalt machen unsere Stärke aus. 87 Prozent der Menschen mit Migrationsgeschichte fühlen sich ihrer Heimatstadt verbunden. Das belegt das aktuelle Integrationsbarometer des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration. NRW ist ein weltoffenes Land, in dem Integration gelingt. Unsere Kommunen leisten dazu einen wichtigen Beitrag. Denn: wie schnell und wie gut Integration gelingt, entscheidet sich vor Ort, wo die Menschen leben. Trotz des guten Integrationsklimas in Nordrhein-Westfalen stehen unsere Städte weiter vor großen Herausforderungen. Wir als Landesregierung unterstützen sie dabei.“

Forenpapier für das Forum A

Eine Gesellschaft funktioniert nur gut, wenn ihre Bürgerinnen und Bürger gut zusammenleben. Verschiedene Entwicklungen in den vergangenen Jahren haben zu einem rasanten gesellschaftlichen Wandel beigetragen. Globalisierung, Digitalisierung und Zuwanderung befördern tiefgreifende Transformationsprozesse, die Staat und Gesellschaft vor große Herausforderungen stellen. Durch die Fluchtmigration aus Syrien und anderen krisenbetroffenen Regionen 2015 und 2016 nach Europa wurde eine Brüchigkeit der Europäischen Union sichtbar. Aber auch die Stadtgesellschaften sind unmittelbar von diesen Veränderungen betroffen: Zuwanderung verstärkt Heterogenität und Vielfalt.

Die Reaktionen auf die Fluchtmigration fallen in der aufnehmenden Bevölkerung sehr unterschiedlich aus. Es kann eine Polarisierung entlang der Frage um die Fluchtmigration festgestellt werden. Auf der einen Seite gab und gibt es eine große Willkommenskultur sowie hohes ehrenamtliches Engagement, um Geflüchtete bei ihrer Ankunft in der Gesellschaft zu unterstützen. Auf der anderen Seite wurde gerade diese Willkommenskultur zu einer Angriffsfläche, auch für rechts-populistische Gruppierungen und Parteien. Es verschaffen sich Stimmen deutlich Gehör, die die Aufnahmefähigkeit der Gesellschaft überschritten sehen, den Verlust ihrer kulturellen Identität befürchten und sich vor Überfremdung fürchten. In diesen Auseinandersetzungen wird oft unterschieden zwischen der Zuwanderung von Fachkräften und der Migration aus humanitären Gründen.

Zuwanderung in die Städte hat Tradition

In unseren Städten leben schon lange Zugewanderte und ihre Nachkommen aus vielen Nationen. Knapp jede vierte Person in Deutschland hat einen Migrationshintergrund. Etwa ein Drittel teilt die Zuwanderungsgeschichte über die Eltern, hat aber keine eigene Migrationserfahrung mehr.

Die Städte blicken insofern auf eine lange Tradition von Zuwanderung und erfolgreicher Integration Zugewanderter zurück. All diese Menschen sahen für sich in Deutschland temporäre oder sogar dauerhafte Zukunftsperspektiven.

Seit mehreren Jahren nimmt die Zuwanderung von Menschen deutlich zu, die zur Arbeitsaufnahme und Existenzgründung nach Deutschland kommen. Der überwiegende Teil stammt aus EU-Mitgliedsstaaten. Nach Deutschland kamen und kommen aber auch Menschen aus allen Teilen der Welt, die vor Bürgerkrieg und Verfolgung fliehen und Schutz und Zuflucht suchen.

Zuwanderung verändert Stadtgesellschaften

Zuwanderung verändert die aufnehmende Gesellschaft. Kulturelle Vielfalt und sprachlicher Reichtum sind ein Gewinn für die Stadtgesellschaften. Gesellschaften, die Vielfalt ermöglichen und die offen sind, sind seit jeher wirtschaftlich erfolgreicher, kulturell reicher und kreativer als Gesellschaften, die sich abschotten. Gerade in den Städten wird das Potenzial deutlich, das Zugewanderte in unsere Gesellschaft einbringen und die Chancen, die daraus für die Städte und die Gesellschaft erwachsen. Viele zu uns kommende Menschen sind jung, bringen Qualifikationen mit und den Willen, sich dauerhaft einzubringen. In manchen Regionen kann Zuwanderung den demografischen Wandel zwar nicht aufhalten, aber doch zumindest abbremsen.

Eine Erwerbsmigration innerhalb der EU steht dabei unter anderen Vorzeichen als eine Fluchtmigration aus einem völlig anderen Gesellschafts- und Kulturkreis. So sind in der Gesellschaft kulturelle Veränderungen zu verarbeiten, die sich auf andere Lebensweisen, bestimmte Wertvorstellungen und rechtliche Grundüberzeugungen erstrecken. Diese Veränderungen sind vielfältig und fordern die Gesellschaft heraus.

Offene und vielfältige Gesellschaft wird herausgefordert

An vielen Orten in Deutschland sind gegensätzliche Interessen und Ideologien, insbesondere um die Fluchtmigration und Integration, deutlich zu Tage getreten. In Teilen der aufnehmenden Gesellschaft hat die Fluchtmigration Skepsis, aber auch Ablehnung und Bedrohungsgefühle ausgelöst. Es kam und kommt zu populistischen Reaktionen. Zu beobachten ist ferner eine verschärfte politische Debatte. Lässt dies auf eine

kontinuierliche Verschlechterung des Integrationsklimas in der Gesellschaft schließen?

Mehrere Studien aus jüngerer Zeit (SVR, Mercator Stiftung, DESI-Institut) sind dieser Frage nachgegangen und haben ein weitgehend stabiles Integrationsklima festgestellt. Insbesondere dann, wenn kulturelle Vielfalt im Alltag erlebt wird, wird das Zusammenleben in der Gesellschaft überwiegend positiv wahrgenommen. Eine weitere wichtige Frage ist zudem, welche Kriterien entscheidend sind, um zur Gesellschaft dazugehören. Es zeigt sich, dass für die Akzeptanz von Zugewanderten prinzipiell erwerbbar Kriterien wichtig sind: das Beherrschen der deutschen Sprache, eine Erwerbstätigkeit und die Achtung der Gesetze. Weniger entscheidend sind Kategorien wie Geburtsland, verbrachte Lebenszeit in Deutschland oder Religionszugehörigkeit.

Bei allen positiven Signalen und Akzeptanz von Vielfalt gibt es jedoch Teile in der Gesellschaft, die die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft als bedroht ansehen. Diese Haltungen müssen ernst genommen und diskutiert werden, soll der Zusammenhalt nicht ernsthaft in Gefahr geraten. Es muss in den Blick genommen werden, dass soziale Ungleichheit, Armut und Jugendarbeitslosigkeit den sozialen Zusammenhalt gefährden kann. So kann auch der soziale Zusammenhalt innerhalb einer Kommune auf Quartiers- und Stadtteilebene unterschiedlich ausgeprägt sein. Wachsende kulturelle Vielfalt schwächt das gemeinschaftliche Miteinander dagegen nicht.

Integration gelingt vor Ort

Eine pauschale Gefährdung des sozialen Zusammenhalts existiert jedoch nicht. Gleichwohl sind verstärkte Anstrengungen zur Verbesserung des Integrationsklimas erforderlich, soll der soziale Zusammenhalt nicht ernsthaft in Gefahr geraten.

Die Städte tragen engagiert dazu bei, dass die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Integration gelingt. Sie haben bei der Integration viel Erfahrung. Integration fordert die Städte aber auch heraus und verläuft nicht problemlos.

Integration stellt einen dauerhaften gesamtgesellschaftlichen Prozess dar, der immer wieder zu Veränderungen

führt und auch nie abgeschlossen ist. Der aufnehmenden Gesellschaft und ihren Lebensbedingungen muss dabei die gleiche Aufmerksamkeit entgegengebracht werden, wie den Menschen, die neu in die Städte kommen. Denn Integration bedeutet Erneuerung – das bezieht Einheimische und Zugewanderte mit ein. Integration ausschließlich auf Neu-Zugewanderte zu beziehen, erweckt den Eindruck, dass die aufnehmende Gesellschaft keinen Integrationsanforderungen unterliegt, dass Integration statisch zu verstehen ist und führt dazu, dass die Integrationsbedarfe in den übrigen Teilen der Gesellschaft vernachlässigt werden.

Diesem Prozess stellen sich die Städte. Die OECD hat jüngst festgestellt, dass die Integration in Deutschland besser gelingt als in Ländern mit vergleichbarer Migrationsgeschichte. Gleichwohl brauchen die Städte Unterstützung! Deutschland muss Integration als gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe verstehen. Bund und Länder müssen die Städte weiter unterstützen, wenn es um Kitas, Schulen und Wohnraum geht – für Einheimische und Zugewanderte. Die Städte brauchen ab 2020 eine verlässliche, auf Dauer angelegte Finanzierungsregelung für die Unterbringung und Verpflegung sowie die Integration von Flüchtlingen. Die Städte erwarten, dass sich der Bund und die Länder auch in Zukunft maßgeblich an den Kosten der Kommunen beteiligen.

Eine gelingende Integration ist unerlässlich für ein friedliches und den unterschiedlichen Interessen gerecht werdendes Zusammenleben in der lokalen Gemeinschaft.

Thesen und Fragestellungen für das Forum

- Debatte muss entdramatisiert werden

Die Debatte um Auswirkungen der Flüchtlingsmigration auf den sozialen Zusammenhalt muss entdramatisiert werden. Die Akzeptanz von Vielfalt ist weiter groß. Das Integrationsklima wird von den Menschen in Deutschland überwiegend positiv gesehen. Es gibt aber eine deutlich erkennbare Minderheit, die sich bedroht fühlt, die den sozialen Zusammenhalt in Deutschland für gefährdet hält. Die Integration darf sich nicht ausschließlich auf Neu-Zugewanderte beziehen, sondern muss die aufnehmende Gesellschaft einbeziehen. Welche Strategien sind notwendig, um ein Auseinanderdriften der Gesellschaft aufzufangen?

- Sprachkenntnisse sind ein entscheidender Erfolgsfaktor

Für eine gesellschaftliche Integration sind Kriterien wie der Erwerb der deutschen Sprache, eine Erwerbstätigkeit oder die Achtung von Gesetzen von großer Bedeutung. Zuversichtlich stimmt, dass die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten etwas schneller vorangeschritten ist, als ursprünglich angenommen. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Beschäftigungsquoten von Beschäftigten aus den Hauptherkunftsländern mit rund 35 Prozent vergleichsweise gering sind. Fehlende Sprachkenntnisse, Schul- und Bildungsabschlüsse sowie berufliche Qualifikationen sind nach wie vor eine große Hürde. Gute Deutschkenntnisse sind ein entscheidender Erfolgsfaktor. Viele Geflüchtete verfügen trotz absolvierter Integrationskurse über keine ausreichenden Sprachkenntnisse. Eine schnelle Vermittlung in einen Kurs und ein zeit-

naher Beginn sollten der Regelfall sein. Aber auch die Kursqualität und die Lernerfolge müssen eine wichtige Rolle spielen.

- Städte brauchen finanzielle Unterstützung

Die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Integration muss weiter einen hohen Stellenwert haben. Die Anstrengungen zur Verbesserung des Integrationsklimas sind fortzusetzen und zu verstärken. In den Städten entscheidet sich, wie schnell und gut Integration gelingt. Hierfür brauchen die Städte weiterhin die Unterstützung von Bund und Ländern. Nur mit einer verlässlichen auf Dauer angelegten Finanzausstattung lassen sich die anstehenden Integrationsaufgaben bewältigen. Die Städte erwarten, dass sich der Bund und die Länder auch ab 2020 maßgeblich an den Kosten der Integration beteiligen.

Haushalts- und Sozialpolitik nachhaltig gestalten – für Jung und Alt

Die Alterung der Gesellschaft führt zu hohem Kostendruck. Gleichzeitig müssen die Kommunen flexibel auf neue gesellschaftliche Anforderungen reagieren können, zum Beispiel mit dem Ausbau der Kinderbetreuung. Verteilungskonflikte zwischen „Jung“ und „Alt“ sind zu lösen. Gleichwohl: Grundsätzlicher Maßstab für die Haushaltspolitik ist der jährliche Ausgleich

zwischen Erträgen und Aufwendungen. Zu bedenken ist: Für welche Zwecke werden Steuermittel eingesetzt und mit welchen Wirkungen? Wo bestehen Gestaltungsspielräume? Städtische Bilanzen bieten der Politik eine Entscheidungsgrundlage für Generationengerechtigkeit und nachhaltiges Handeln.

Mittwoch, 5. Juni 2019: **14:30 bis 15:30 Uhr**

Veranstaltungsort: **Messe Dortmund** (Eingang Nord)
Rheinlanddamm 200
44139 Dortmund

Der Raum wird vor Ort bekannt gegeben.

Gesprächsrunde:

Katja Dörner

Stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Matthias Haß

Sächsischer Staatsminister der Finanzen

Prof. Dr. Carsten Kühl

Geschäftsführer und Institutsleiter des Deutschen Instituts
für Urbanistik

Moderator:

Michael Brocker

WDR-Moderator

Hauptgeschäftsstelle:

Verena Göppert

Ständige Stellvertreterin des Hauptgeschäftsführers und
Beigeordnete des Deutschen Städtetages im Dezernat Finanzen

Stefan Hahn

Beigeordneter des Deutschen Städtetages
im Dezernat Arbeit, Jugend, Gesundheit und Soziales

Dr. Birgit Frischmuth

Hauptreferentin des Deutschen Städtetages
im Dezernat Finanzen

Regina Offer

Hauptreferentin des Deutschen Städtetages
im Dezernat Arbeit, Jugend, Gesundheit und Soziales

Katja Dörner
Stellvertretende
Vorsitzende der
Bundestagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen



„Eine generationengerechte Haushalts- und Sozialpolitik kann nur gelingen, wenn wir uns an einer nachhaltigen Entwicklung orientieren. Wir dürfen nicht auf Kosten künftiger Jahrgänge Politik machen und auf diesem Weg Generationen gegeneinander ausspielen. Gestaltungschancen müssen auch in der Zukunft gewahrt bleiben. Die „schwarze Null“ ist kein Wert an sich. Vielmehr bedarf es jetzt einer Investitionsoffensive: sei es im Klimaschutz, in der Bildung, beim Ausbau von Kitaplätzen oder bezahlbarem Wohnraum. Denn davon profitieren letztendlich alle Generationen.“

„Nachhaltige Finanzpolitik heißt für mich, dass wir durch gesunde Staatsfinanzen die Grundlagen für die nächsten Jahrzehnte legen. Dazu gehören Investitionen in Bildung, Wachstum und Arbeitsplätze, damit wir den Wohlstand in unserem Land sichern. Sachsen ist Vorreiter bei der Schuldenbremse, weil wir nachkommenden Generationen keinen Schuldenberg hinterlassen wollen.“



Dr. Matthias Haß
Sächsischer Staats-
minister der Finanzen

Prof. Dr. Carsten Kühl
Geschäftsführer und
Institutsleiter des
Deutschen Instituts für
Urbanistik



„Gesellschaftliche Veränderungen werden auf der kommunalen Ebene zumeist unmittelbar spürbar. Mehr Kinderbetreuung, eine älter und pflegebedürftiger werdende Gesellschaft, Emissionsgrenzwerte von Fahrzeugen, Einkäufe im Internet oder zu wenig bezahlbarer und barrierefreier Wohnraum – Kommunalpolitik muss darauf reagieren: innovativ, kreativ, aber letztlich auch fiskalisch. Eine spannende Frage ist, wo sind die Kommunen in der Pflicht und wo ist es Pflicht von Ländern und Bund, den Kommunen die notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen für kluge, zukunftsorientierte Lösungen zu bereiten.“

Forenpapier für das Forum B

Die Bevölkerungsstatistiken zeigen, dass die Bevölkerung in Deutschland in den kommenden Jahren altern und trotz Zuwanderung stark schrumpfen wird. Die Bundesbank hat im April 2017 berichtet, dass die Bevölkerungszahl bei den 15- bis 74-Jährigen bis zum Jahr 2025 um 2,5 Millionen abnehmen wird. Gleichzeitig steigt der Anteil der Älteren (zwischen 55 und 74 Jahren) auf etwa 40 Prozent an. Die Betrachtung der Altersgruppen wurde bewusst weit gefasst, um auf die Bedeutung der Frage der Erwerbsbeteiligung der Älteren und das Renteneintrittsalter hinzuweisen.

Auch im Sozialbericht der Bundesregierung (2017) werden die Auswirkungen der seit Jahrzehnten niedrigen Geburtenziffer und des kontinuierlichen Anstiegs der Lebenserwartung auf die sozialen Sicherungssysteme beschrieben. Der demografische Wandel wird sich vor allem bei der Betrachtung der einzelnen Altersgruppen zeigen. Die Zahl der Jüngeren geht trotz der Zuwanderung zurück. Die Zahl der Älteren ab 65 Jahren steigt dagegen stark an.

Ab dem Jahr 2021 wird ein deutlicher Rückgang der Erwerbstätigen durch das Ausscheiden der sogenannten Baby-Boomer-Generation aus dem Arbeitsmarkt erwartet. Dieser Trend wird durch Ältere und Zuwanderer am Arbeitsmarkt zwar gebremst, aber nicht aufgehalten. Der demografische Wandel wird nicht nur das Arbeitsvolumen beeinflussen, sondern auch die Arbeitsproduktivität. Die Alterung der Gesellschaft wird daher zukünftig das Wirtschaftswachstum dämpfen. Dienstleistungen, zum Beispiel Gesundheits- und Pflegedienstleistungen, gewinnen gegenüber der Güterproduktion an Bedeutung. Die Produktivität von Dienstleistern ist aber in aller Regel geringer als im produzierenden Gewerbe.

Zusammenhang Wirtschaftskraft und Sozialleistungsquote

Diese langfristige Prognose ist bedeutend, denn das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Sozialleistungsquote (Leistungen gemessen am BIP) müssen weiterhin in einem tragfähigen Verhältnis stehen. Die Sozialleistungsquote berücksichtigt die Themen Krankheit, Invalidität, Alter, Hinterbliebene, Kinder, Ehegatten,

Mutterschaft, Arbeitslosigkeit, Wohnen und allgemeine Lebenshilfe.

Für die nähere Zukunft bis zum Jahr 2021 wird ein paralleler Anstieg der Sozialleistungssumme auf insgesamt 1,1 Billionen Euro und des BIP vorhergesagt. Die Bundesregierung erwartet, dass das BIP um jährlich 3,2 Prozent wächst und die Sozialleistungsquote im Jahr 2021 bei ungefähr 30 Prozent liegt.

Schlussfolgerungen für die Zukunft der Sozialleistungssysteme

Die Bundesbank geht davon aus, dass das Wirtschaftswachstum ab dem Jahr 2021 durch die demografische Entwicklung deutlich gebremst wird. Die Finanzierungsprobleme der Sozialleistungen werden verstärkt durch steigende Ausgaben im Renten-, Gesundheits- und Pflegesystem. Auf dieses zu erwartende Missverhältnis zwischen den Leistungsansprüchen der alternden Gesellschaft und ihrer Leistungskraft muss im Sinne einer generationengerechten Politik reagiert werden.

Generationengerechtigkeit erfordert, dass die Jüngeren nicht durch eklatante Steuer- und Abgabenerhöhungen zum „Zahlmeister“ der gealterten Gesellschaft gemacht werden. Die Rahmenbedingungen für eine möglichst umfangreiche Erwerbsbeteiligung, zum Beispiel der Ausbau der Kindertagesbetreuung und der Pflegedienstleistungen sowie Verbesserungen im Bildungssystem, müssen vom Staat geschaffen und finanziert werden. Gleichzeitig müssen aber auch erworbene Rechtsansprüche erfüllt und ein akzeptables soziales Sicherungsniveau für Jung und Alt gehalten werden. Der seit langem bestehende Generationenvertrag muss eingehalten werden, um den sozialen Frieden nicht zu gefährden.

Generationengerechte Haushaltspolitik – kann das gelingen?

Gute wirtschaftliche Zeiten verleiten gern dazu, neue Ausgaben zu beschließen, weil Steuereinnahmen und Zuwendungen steigen. Doch neue Programme mit zusätzlichen Ausgaben müssen auch finanzierbar bleiben, wenn Steuereinnahmen zurückgehen oder Zinsen steigen.

Kommunale Sozialausgaben steigen seit vielen Jahren überproportional an. Die Ursachen sind klar benannt: mangelnde Steuermöglichkeiten der Kommunen, Leistungsausweitungen und zunehmend größere Herausforderungen aufgrund einer sich ändernden Bevölkerungsstruktur.

Die Durchsetzung des Grundsatzes „Wer bestellt, bezahlt.“ (Konnexitätsprinzip) ist entscheidend, um den Kommunen wieder Gestaltungsspielräume zu eröffnen.

Neue Transparenz der Stadtpolitik

Knappe öffentliche Mittel und wachsende Komplexität erfordern Transparenz, um besser zu entscheiden. Ein prüfender Blick allein auf den jährlichen Haushaltsausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben springt deutlich zu kurz. Die Abbildung des vollständigen Ressourcenverbrauchs (auch von Abschreibungen auf kommunales Vermögen und Pensionslasten) schärft den Blick auf die Belastungen künftiger Generationen durch heutige politische Entscheidungen.

Seit der Einführung der kommunalen Doppik sind entsprechende Daten verfügbar. Die Umstellung des kommunalen Rechnungswesens der letzten Jahre war mühsam. Die jetzt vorliegenden Zahlen sind oft un bequem, der jährliche Haushaltsausgleich gestaltet sich schwieriger. Das mag anstrengend für die politischen Akteure sein. Um eine generationengerechte Haushaltspolitik zu betreiben, ist es unvermeidbar.

Bürgerhaushalte, Geschäftsberichte und Kostenberichte geben Aufschluss über den Einsatz und die Verwendung städtischer Mittel, aber auch über das Leistungsspektrum der Städte. Finanzielle Kennzahlen (wie Gebühren und Kosten für städtische Kinder einrichtungen) werden Leistungskennzahlen (wie dem Versorgungsgrad bei der Kinderbetreuung) gegenübergestellt. Solche Informationen werden für die politische Debatte vor Ort, aber auch für interkommunale Vergleiche genutzt. Auch bei sozialen Dienstleistungen durch freie Träger sollte mehr Transparenz eingefordert werden und gegebenenfalls Erfahrungen mit der Nutzung von Vergabeverfahren gesammelt werden.

Regionale Disparitäten

Daten der Statistik signalisieren eindeutig, dass in den letzten Jahren regionale Disparitäten unübersehbar zugenommen haben. Aktuell muss es darum gehen, Investitionen und Schuldenabbau voranzubringen, um den wachsenden Disparitäten entgegenzuwirken und gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland herzustellen.

Strukturschwache Städte und Regionen dürfen nicht abgehängt, sondern müssen gezielt gefördert werden. Eine Lösung für die kommunalen Altschulden ist gegenwärtig machbar und notwendig. Die Lösung kann direkt erfolgen, indem der Bund und die betroffenen Länder das Zinsrisiko verringern und den Kommunen bei der Schuldentilgung helfen. Sie kann aber auch indirekt durch eine deutliche Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft gelingen.

Verbesserte Finanzausstattung – mehr kommunale Investitionen

Fehlende kommunale Gestaltungsmöglichkeiten sind ursächlich für den Verfall kommunaler Infrastruktur in den letzten Jahrzehnten. Kommunale Investitionen steigen selbst gegenwärtig nicht in dem Umfang, wie es angesichts des bestehenden Investitionsbedarfs notwendig wäre. Investitionen haben seit Jahren eine extreme Spreizung: In Bayern sind sie je Einwohner nahezu dreimal so hoch wie in NRW je Einwohner. Mittlerweile investieren alle ostdeutschen Länder je Einwohner weniger als der Durchschnitt der westdeutschen Länder.

Werden Nachhaltigkeit, Generationengerechtigkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt als wesentliche politische Zielsetzungen anerkannt, sind diese Unterschiede ernst zu nehmen. Zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse sind kommunale Investitionen entscheidend.

Thesen für das Forum

- Abnehmende Wirtschaftskraft bei gleichzeitiger Alterung der Gesellschaft

Das Wirtschaftswachstum wird bis zum Jahr 2025 aus demografischen Gründen deutlich zurückgehen. Bei gleichzeitiger Alterung der Gesellschaft bedeutet dies

eine ernstzunehmende Herausforderung der kommenden Jahre.

- **Generationengerechtigkeit**

Jüngere dürfen nicht durch eklatante Steuer- und Abgabenerhöhungen zum „Zahlmeister“ der gealterten Gesellschaft gemacht werden. Die Wirtschaftskraft Deutschlands kann nur bei Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen weiter gesteigert werden. Der Ausbau der Kindertagesbetreuung und der Pflegedienstleistungen entlasten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Verbesserungen im Bildungssystem ermöglichen die Ausschöpfung des Beschäftigungspotentials. Es ist ein gesellschaftlicher Diskurs erforderlich u.a. über Chancen der Digitalisierung, eine Erhöhung des Arbeitsvolumens, zum Beispiel durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und weniger Teilzeitarbeit, sowie Einsparungen im Sozialsystem.

- **Soziales Sicherungsniveau für Jung und Alt erhalten**

Erworbene Rechtsansprüche müssen auch weiterhin erfüllt werden, um den seit langem bestehenden Generationenvertrag einzuhalten und den sozialen Frieden nicht zu gefährden.

- **Öffentliche Haushalte konsolidieren**

Mit Blick auf den bevorstehenden demografischen Wandel sind die öffentlichen Haushalte der staatlichen

und der kommunalen Ebene in Gänze zu konsolidieren, um in den kommenden Jahren handlungsfähig zu bleiben. Der Bezug allein auf die Sozialbudgets für mögliche Lösungsansätze reicht nicht aus.

- **Transparenz für generationengerechte Haushalte**

Basis für eine generationengerechte Haushaltssteuerung sind Transparenz des vollständigen Ressourceneinsatzes und die Benennung klarer Ziele für das Verwaltungshandeln, die über Kennzahlen nachgehalten werden. Einheitliche Standards für die öffentliche Rechnungslegung erhöhen die Transparenz und ermöglichen die bessere Vergleichbarkeit von Daten zur Haushaltssteuerung und der Finanzbeziehungen zwischen der staatlichen und kommunalen Ebene.

- **Abbau von regionalen Disparitäten und Sicherstellung einer ausreichenden Mittelausstattung**

Um Haushaltspolitik vor Ort zukunftstauglich für Jung und Alt zu gestalten, müssen Altschulden abgebaut und Investitionen in die kommunale Infrastruktur gesichert werden. Dafür bedarf es einer gesicherten Finanzausstattung.

Gemeinsam Herausforderungen meistern – in Europa und weltweit

Globale Ziele, kommunale Praxis: Herausforderungen wie der Klimawandel, die weltweite Armut oder der wachsende Urbanisierungsdruck fordern die Städte in Deutschland, in Europa und weltweit. Welchen Beitrag leisten Kommunen zur Erreichung der Klimaziele oder zur Bekämpfung von Fluchtursachen und wo kommen sie an Grenzen? Wie können die abstrakten Nach-

haltigkeitsziele der Vereinten Nationen für deutsche Städte übersetzt werden? Welche Erwartungen haben insbesondere Jugendliche mit Blick auf die Zukunft an ihre Stadt? Wir wollen gemeinsam globale Ziele debattieren und ihre Bedeutung und Umsetzbarkeit für Städte diskutieren.

Mittwoch, 5. Juni 2019: **14:30 bis 15:30 Uhr**

Veranstaltungsort: **Messe Dortmund** (Eingang Nord)
Rheinlanddamm 200
44139 Dortmund

Der Raum wird vor Ort bekannt gegeben.

Gesprächsrunde: **Luisa Neubauer**
Sprecherin der Jugendklimainitiative „Fridays for Future“

Ullrich Sierau
Oberbürgermeister der Stadt Dortmund

Marlehn Thieme
Präsidentin der Welthungerhilfe

Moderatorin: **Monika Zimmermann**
Moderatorin

Hauptgeschäftsstelle: **Lina Furch**
Leiterin der Abteilung Europa und Internationales
des Deutschen Städtetages

Sabine Drees
Referentin des Deutschen Städtetages
in der Abteilung Europa und Internationales

Luisa Neubauer
Sprecherin der
Jugendklimainitiative
„Fridays for Future“



„Der Klimawandel führt zur größten Krise der Menschheit. Wir ziehen die Notbremse, denn unsere Zukunft ist in Gefahr. All das, was verschlafen wurde, wird auf unsere Kosten gehen und auf die Kosten des Planeten. Wir sind eine Protestbewegung, die an ganz klare zeitliche Limits gebunden ist und an physikalische Grundsätze, die unser Weltklima bestimmen. Wir müssen gemeinsam umdenken und begreifen, dass unser Planet endlich ist. Von der Politik auf allen staatlichen Ebenen und den Städten erwarten wir, dass sie die Augen aufmachen und entsprechend handeln. Wir brauchen eine Veränderung und deswegen gehen wir auf die Straßen und streiken.“

„Städte spielen eine entscheidende Rolle für die weltweite nachhaltige und ressourcenschonende Entwicklung. Die westfälische Metropole Dortmund lebt einen integrierten Nachhaltigkeitsansatz und wurde dafür 2014 als Deutschlands nachhaltigste Großstadt ausgezeichnet. Wir betreiben eine nachhaltige und integrierte Stadtentwicklungspolitik. Das heißt, alle unsere Maßnahmen und Handlungen prüfen wir auf ihre ökonomische, ihre soziale, ihre ökologische und ihre zivilgesellschaftliche – und damit ihre nachhaltige – Bedeutung hin.“



Ullrich Sierau
Oberbürgermeister der
Stadt Dortmund

Marlehn Thieme
Präsidentin der
Welthungerhilfe



„Die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen ist für die Zukunft junger Menschen entscheidend – in Deutschland und in den Ländern des Südens. Es braucht Bildung und Verständnis für die Situation der Menschen in anderen Kontinenten. Damit können im täglichen Leben wie auch in Politik und Wirtschaft Lösungen für die wirtschaftliche Entwicklung und den Kampf gegen den Klimawandel gefunden werden, die jungen Menschen Zukunftsperspektiven eröffnen.“

Forenpapier für das Forum C

Wie können die Klimaziele erreicht werden und welche Erwartungen haben Jugendliche an die ältere Generation und an ihre Stadt? Können Städte dazu beitragen, Fluchtursachen zu bekämpfen und Lebensbedingungen in den Herkunftsländern zu verbessern? Wie können die abstrakten Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen für deutsche Städte übersetzt werden? Im Folgenden werden die drängendsten Herausforderungen beschrieben und Thesen und Fragen zur Diskussion gestellt.

Bekämpfung des Klimawandels

Im Pariser Klimaabkommen, das 2015 während der COP 21 verabschiedet wurde, haben sich alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen dazu verpflichtet, den Anstieg der Erdtemperatur auf deutlich unter 2°C zu begrenzen und Anstrengungen zu unternehmen, auch die 1,5°C-Grenze nicht zu überschreiten. Das Abkommen gilt als Wendepunkt hin zu einer größeren weltweiten Anstrengung zur Beschränkung der Erderwärmung. Die allgemeinen Formulierungen des Pariser Klimaabkommens wurden in den nachfolgenden Weltklimakonferenzen, insbesondere der COP 23 in Bonn und der COP 24 in Kattowitz (Polen) in konkrete Regelwerke gefasst. Dabei setzt jedes Land seine Klimaziele und Aktionspläne selbst fest.

Deutschland könnte die selbstgesteckten Ziele verfehlen: In dem 2018 verabschiedeten Klimaschutzbericht der Bundesregierung heißt es, dass Deutschland bis 2020 die Treibhausgasemissionen nicht um 40 Prozent, zu denen es sich verpflichtet hatte, sondern lediglich um 32 Prozent verringern wird.

Im letzten Jahr legte die EU ihre langfristige strategische Vision für eine wohlhabende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft für den Zeithorizont 2050 vor. Nach den Ergebnissen unabhängiger Wissenschaftler von „Climate Action Tracker“, die ihre Ergebnisse im Rahmen der COP 24 in Kattowitz präsentiert hatten, erreicht auch die EU nicht das 2°C-Ziel. Die Anstrengungen der EU wurden insgesamt als unzureichend eingestuft. Nur die industriearmen afrikanischen Nationen Marokko und Gambia erfüllen derzeit das 1,5°C-Ziel. Nach Berechnungen des „United Nations Environment Programme“ ergibt

sich für das Jahr 2030 eine Lücke zur Reduzierung von CO₂-Emissionen von 13,5 Gigatonnen.

Staatliche Klimavereinbarungen und andere Selbstverpflichtungen, zum Beispiel auf kommunaler Ebene, reichen vielen Menschen nicht. Insbesondere Jugendliche rufen zum Streik für mehr Klimaschutz auf und sind Teil der weltweiten Bewegung „Fridays for Future“. Die junge Klimastreikbewegung ist weder an eine Partei noch an eine Organisation gebunden und hat am 15. März 2019 in verschiedenen Städten weltweit laut Veranstaltern über 1,4 Millionen junge Menschen mobilisiert.

Was leisten die Kommunen?

Immer mehr deutsche Städte gehen Selbstverpflichtungen ein zur Minderung von CO₂-Emissionen und stellen Klimaschutzkonzepte auf. Neben der Energieeinsparung und dem Einsatz erneuerbarer Energien stehen die energetische Gebäudesanierung und eine Verkehrswende durch die Förderung umweltfreundlicher Verkehrsträger im Vordergrund. Klimaskriterien sind zunehmend wichtiger Bestandteil der Bauleitplanung. Rund 60 deutsche Kommunen engagieren sich auch weltweit und erarbeiten im Rahmen von Klimapartnerschaften – einem Angebot der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) – gemeinsame Handlungsprogramme für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen mit ihren kommunalen Partnern aus dem globalen Süden. Die Handlungsprogramme sind mit konkreten Maßnahmen und Ressourcen unterlegt.

Armutsbekämpfung und Beseitigung von Fluchtursachen

Weltweit ist die Zahl der Flüchtlinge so hoch wie nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Über 60 Millionen Menschen sind derzeit auf der Flucht. Sie verlassen ihre Heimat, weil sie keine Perspektive auf ein friedliches, stabiles und würdiges Leben haben. Die meisten Flüchtlinge, die derzeit nach Deutschland kommen, stammen aus Syrien, dem Irak, Afghanistan, Eritrea, Nigeria und Pakistan. Die EU arbeitet mit einigen Ländern Afrikas verstärkt zusammen, damit sich die Lebensbedingungen verbessern und damit Flüchtlinge

näher an ihrer Heimat bleiben können, auch um die Rückkehrperspektiven zu verbessern. Hierfür hat die EU 2016 einen Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika von mehr als 2,4 Milliarden Euro eingerichtet.

Mit der Gemeinschaftsinitiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ (www.1000schulenfuerunserewelt.de) leisten auch die kommunalen Spitzenverbände einen Beitrag, Bildungs- und Zukunftschancen in Herkunftsländern zu verbessern. Viele Kommunen kooperieren mit flüchtlingsaufnehmenden Kommunen im Libanon, in der Türkei oder in Jordanien. Deutsche Städte entwickeln mit ihren Partnern Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge und Beratungsangebote oder sie konzeptionieren Berufsbildungsmöglichkeiten für Flüchtlinge. Insgesamt gibt es in deutschen Städten eine große Bereitschaft, sich für entwicklungspolitische Themen und Ziele einzusetzen. Über 800 Kommunen sind in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit aktiv. In Kooperation mit der SKEW wurden entsprechende Finanzierungsinstrumente und Rahmenbedingungen geschaffen. Die internationale Städteplattform „Connective Cities“ – ein Gemeinschaftsprojekt des Deutschen Städtetages, von Engagement Global und der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) – fördert den weltweiten Fachaustausch auf Augenhöhe, um praktische Lösungen für urbane Herausforderungen zu finden. (www.connective-cities.net)

Nachhaltige Entwicklungsziele

Weltweit leben eine Milliarde Menschen in Slums oder informellen Siedlungen, fast 750 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser und rund 1,1 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Elektrizität. Bis 2030 werden nach Schätzungen der Vereinten Nationen fünf Milliarden Menschen oder 60 Prozent der Weltbevölkerung in städtischen Gebieten leben, so dass ein enormer Bedarf an städtischen Dienstleistungen entsteht.

Die Vereinten Nationen haben 2015 im Rahmen der Agenda 2030 insgesamt 17 Ziele mit 169 Unterzielen für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) verabschiedet. Die Entwicklungsziele der Vereinten Nationen sind zwar völkerrechtlich nicht verbindlich, stellen aber dennoch einen Handlungsrahmen für Staaten und Kommunen dar. Mit der

Verabschiedung der neuen Städteagenda „Neue Urbane Agenda“ auf dem „Dritten Weltgipfel der Vereinten Nationen zu Wohnungswesen und nachhaltiger Stadtentwicklung“ 2016 in Quito/Ecuador einigte sich die Staatengemeinschaft darauf, die nachhaltige Stadtentwicklung in der Welt voranzubringen. Im Rahmen der alle zwei Jahre stattfindenden World Urban Foren werden praktische Lösungen zur nachhaltigen Stadtentwicklung weltweit und zur Bewältigung einer fortschreitenden Urbanisierung gesucht. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 schlagen sich in allen zehn Prioritäten der Europäischen Kommission nieder.

Der Deutsche Städtetag schlägt seinen Mitgliedern vor, sich für ausgewählte Ziele der Agenda auf lokaler Ebene zu engagieren. Die Musterresolution „2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ wurde inzwischen von über 100 Kommunen unterzeichnet. Der Deutsche Städtetag hat mit der Bertelsmann Stiftung und anderen Akteuren ein SDG-Portal für Kommunen entwickelt, das Nachhaltigkeitsindikatoren für alle deutschen Kommunen mit über 5.000 Einwohnern systematisch mit den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen verbindet. (www.sdg-portal.de)

Thesen und Fragestellungen für das Forum

- Bekämpfung des Klimawandels

Städte können insbesondere bei der Dekarbonisierung des Energiesektors, im Verkehrsbereich, durch Planungsverfahren und bei Gebäuden Weichen für eine CO₂-neutrale Entwicklung stellen. Es ist dringend erforderlich, die kommunalen Beiträge zur Erreichung der Klimaziele stärker in das Gesamtkonzept staatlicher und internationaler Klimastrategien zu integrieren. Kommunen sollten auf Entscheidungsebene in internationale Klimavereinbarungen einbezogen werden. Weiter ist es erforderlich, dass kommunale Vertreter in offizielle staatliche Delegationen zu den Klimagipfeln aufgenommen werden. In vielen europäischen und außereuropäischen Staaten wird dies bereits verwirklicht. Klimaschutz- und Anpassungsstrategien können dennoch nicht alleine von den Städten umgesetzt werden. Erforderlich sind insbesondere unbürokratische und finanzielle Unterstützungen durch Bund und Länder.

Wie können aus internationalen Regelwerken konkrete Maßnahmen für Klimaschutz und Klimaanpassung entstehen? Wie gelingt es, städtische Leistungen international sichtbar zu machen und internationale Abkommen auf lokaler Ebene mit Leben zu füllen? Welche Interessen müssen vor Ort ausgehandelt werden? Welchen Beitrag leistet die Jugendinitiative „Fridays for Future“? Welche Beiträge können deutsche Städte zur Erreichung internationaler Klimaziele leisten und wo kommen sie an Grenzen?

- **Armutsbekämpfung und Beseitigung von Fluchtursachen**

Städte leisten im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit wichtige Beiträge, um auch die staatliche Entwicklungszusammenarbeit voranzubringen. Das Wissen der Experten aus Stadtverwaltungen und aus kommunalen Unternehmen von der Energieversorgung und Abfallwirtschaft über die soziale Fürsorge bis zum zukunftsfähigen Städtebau und zur sektor- und ressortübergreifenden integrierten Stadtentwicklung ist weltweit gefragt. Zentrale Erkenntnis ist auch, dass Städte die weltweite Not nicht alleine in Deutschland lösen können. Umso wichtiger ist es, die Hilfe vor Ort zu verstärken und den Menschen in ihrer Heimat bessere Lebensperspektiven zu geben.

Kann das kommunale Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit weiter gesteigert werden? Wie kann der Multi-Ebenen-Ansatz zur gemeinsamen Entwicklungszusammenarbeit von Staat und Kommunen

noch besser strukturiert werden? Welche Beiträge können deutsche Städte zur weltweiten Armutsbekämpfung leisten und wo kommen sie an Grenzen?

- **Nachhaltige Entwicklungsziele**

Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und die Überprüfung der Entwicklungen durch Indikatoren stellen einen Handlungsrahmen auch für deutsche Städte dar. Allerdings sitzen die Kommunen bei allen Konferenzen zu den relevanten Nachhaltigkeitsagenden der Vereinten Nationen, wie der Neuen Urbanen Agenda, der Agenda 2030 und den Klimaabkommen, nicht am Verhandlungstisch, sondern werden als nicht-staatliche Akteure nur beobachtend einbezogen. Anders als bei den Klimagipfeln sind Vertreterinnen und Vertreter aus den Städten bei den Umsetzungskonferenzen der Agenda 2030 und Habitat aber Teil offizieller Delegationen. Der Deutsche Städtetag fordert mit seinem Weltverband „United Cities and Local Governments“ darüber hinaus Mitentscheidungsrechte für Kommunen.

Welchen Beitrag leisten Vereinbarungen der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Stadtentwicklung weltweit und in deutschen Städten? Wie können die Entscheidungsmöglichkeiten der Städte im Rahmen internationaler Vereinbarungen verbessert werden? Welche Beiträge können deutsche Städte zur Lösung weltweiter Herausforderungen im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung leisten und wo kommen sie an Grenzen?

Hochkultur und Freie Szene – Zusammenhalten im Quartier

Welchen Beitrag leisten Kunst und Kultur zum gesellschaftlichen Zusammenhalt? Dieser Frage geht das Forum im Spannungsfeld von „Hochkultur“ und Freier Szene zwischen Stadtzentrum und Quartier nach. Mit Hochkultur sind die etablierten Einrichtungen in der Stadt gemeint – das Stadttheater, das Konzerthaus, das Kunstmuseum. Die Freie Szene umfasst die komplette Bandbreite freier Kultur- und Kunstinitiativen

von der Soziokultur bis zur Bildenden Kunst. Die Grenzen zwischen den Modellen weichen auf, auch weil gesellschaftliche Entwicklungen wie Migration, Digitalisierung, Globalisierung neue Impulse für Kultur und Quartier bringen. Hochkultur und Freie Szene gehen zunehmend gemeinsame Wege – das eröffnet Chancen für ihre jeweiligen Standorte in Quartieren oder Stadtzentren.

Mittwoch, 5. Juni 2019: **14:30 bis 15:30 Uhr**

Veranstaltungsort: **Messe Dortmund** (Eingang Nord)
Rheinlanddamm 200
44139 Dortmund

Der Raum wird vor Ort bekannt gegeben.

Gesprächsrunde:

Ulrich Aengenvoort

Direktor des Deutschen Volkshochschul-Verbandes

Janina Benduski

Vorsitzende des Bundesverbandes für Freie Darstellende Künste

Marianne Grosse

Beigeordnete der Stadt Mainz im Dezernat für
Bauen, Denkmalpflege und Kultur

Dr. Peter Kurz

Oberbürgermeister der Stadt Mannheim und Mitglied
im Präsidium des Deutschen Städtetages

Moderator:

Peter Grabowski

Fachjournalist

Hauptgeschäftsstelle:

Klaus Hebborn

Beigeordneter des Deutschen Städtetages
im Dezernat Bildung, Kultur, Sport und Gleichstellung

Christina Stausberg

Hauptreferentin des Deutschen Städtetages
im Dezernat Bildung, Kultur, Sport und Gleichstellung

Dr. Ing. Timo Munzinger

Referent des Deutschen Städtetages
im Dezernat Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr

Ulrich Aengenvoort
Direktor des Deutschen
Volkshochschul-
Verbandes



„Zusammenleben funktioniert nur dann, wenn sich Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und Milieus mit Interesse, Verständnis und Respekt begegnen. Kulturschaffende sind wichtige Akteure in diesem Prozess: Sie bauen Brücken, erleichtern Verständigung und gesellschaftliche Teilhabe. Und auch die Volkshochschulen können eine zentrale Rolle spielen: Sie sind bestens vernetzt, bieten einen niedrigschwelligen Zugang zu neuen Themen und Handlungsfeldern, eröffnen Räume der Begegnung, des Austauschs und der kulturellen Selbsterfahrung. Ressentiments abzubauen und Zusammenhalt zu fördern, ist ihnen ein wichtiges Anliegen.“

„Regional und im internationalen Kontext entstehen in der Freien Szene facettenreiche künstlerische Projekte. Die Auseinandersetzung mit der Stadtgesellschaft spielt dabei eine große Rolle. Arbeitsweisen und -prozesse beziehen bewusst Themen des Quartiers ein, bieten Reflexionsräume und Möglichkeiten der Begegnung. Der künstlerische Zugang betont dabei die Vielschichtigkeit der Perspektiven sowie den Prozess der Entstehung und entfaltet damit gesellschaftliche Wirkkraft. Städte und Kommunen können bei Stadtentwicklung und Gestaltung von Quartiersräumen unterstützen, damit sich dieses Potential voll entfalten kann.“



Janina Benduski
Vorsitzende des
Bundesverbandes für
Freie Darstellende
Künste

Marianne Grosse
Beigeordnete der Stadt
Mainz im Dezernat für
Bauen, Denkmalpflege
und Kultur



„Wir sind in Mainz stolz darauf, dass wir eine vielfältige Kulturlandschaft haben. Das Publikum fragt unterschiedlichste Angebote nach, die von Hochkultur bis hin zur Freien Szene reichen und sich immer mehr den klassischen Kategorien entziehen – und das ist gut so, weil es ein größeres Maß an Freiheit und Kreativität bedeutet. Das spüren wir in unserer Stadt vor allem an starken und fruchtbaren Kooperationen unterschiedlichster Akteure. Damit stärkt die Kultur den Zusammenhalt und schafft Gemeinschaft, im Zentrum ebenso wie in den Stadtteilen. In der Weiterentwicklung dieser Kultur-Aspekte sehe ich eine wichtige Aufgabe der Stadtpolitik.“

„Kunst und Kultur sind wesentliche Treiber für nahezu alle Dimensionen von Stadtentwicklung. Sie spielen gerade auch für den Zusammenhalt einer super-diversen Stadtgesellschaft in den Quartieren eine zunehmend wichtige Rolle. Dialog, Identitätsfragen, das Zulassen von Widersprüchen sind wichtige Stichworte. Frei zugängliche „dritte“ Orte für die Begegnung, das Kennenlernen, den Austausch, das gemeinsame Agieren in einem – im weitesten Sinne – kulturellen Kontext zu schaffen, ist eine Aufgabe der Stadt in Zusammenarbeit mit etablierten Institutionen, Freier Szene, Künstlerinnen und Künstlern, Vereinen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern.“



Dr. Peter Kurz
Oberbürgermeister
der Stadt Mannheim
und Mitglied im
Präsidium des
Deutschen Städtetages

Forenpapier für das Forum D

Welchen Beitrag leisten Kunst und Kultur zum gesellschaftlichen Zusammenhalt im Quartier? Dieser Frage geht das Forum im Spannungsfeld von „Hochkultur“ und Freier Szene nach. Der Begriff „Hochkultur“ ist dabei nicht unproblematisch, denn er impliziert ein elitäres Kulturverständnis. Mit Hochkultur sind hier aber die etablierten Einrichtungen in der Stadt gemeint – das Stadttheater, das Konzerthaus, das Kunstmuseum. Die Freie Szene umfasst im Unterschied dazu das komplette Portfolio nicht-staatlicher und privater Kultur- und Kunstinitiativen über alle Sparten hinweg, von der Soziokultur bis zur Bildenden Kunst.

Wie wirken Kunst und Kultur in der Stadt und ihren Stadtteilen? Welche Beziehung besteht zu den Menschen vor Ort, der Gesellschaft in der Stadt? Einerseits prägen die Bauten der Hochkultur oftmals ihr Umfeld – sie sind Identifikations- und Integrationsorte. Andererseits wirkt sich die Anwesenheit einer Kunst- und Kulturszene auch auf das soziale Gefüge aus, das sich aus den Handlungen und Aktivitäten der Menschen im Quartier entwickelt. Dabei bilden die heutigen Stadtgesellschaften keine homogenen Gemeinschaften, sondern sie sind heterogen und pluralistisch, gekennzeichnet durch eine Vielfalt von Lebensformen und kulturellen und gesellschaftlichen Hintergründen.

Zusammenarbeit von Hochkultur und Freier Szene eröffnet neue Chancen

Hochkultur und Freie Szene galten lange Zeit als Gegenmodelle, hat sich doch die Freie Szene auch in Abgrenzung zu etablierten Kultureinrichtungen definiert. Zunehmend weichen diese Grenzen jedoch auf, bedingt durch gesellschaftliche Entwicklungen wie Migration, Digitalisierung, Globalisierung, die neue Impulse bringen und zu neuen Rezeptionsgewohnheiten führen, also zu neuen Formen, Kunst aufzunehmen und zu verstehen. Während die etablierten Kultureinrichtungen oftmals große Strahlkraft über die Grenzen des Stadtteils und der Stadt hinaus haben, hat sich die Freie Szene schon immer über ihren Bezug zu den Menschen vor Ort definiert. Teilhabe und „Empowerment“ – also die Unterstützung dabei, die eigenen Interessen selbstbestimmt zu vertreten – und die Begegnung auf Augenhöhe mit den Menschen im Quartier sind essentielle Bestandteile ihrer Arbeit. Davon können Einrichtungen der Hoch-

kultur lernen. Umgekehrt bieten die etablierten Häuser mit ihrer (vergleichsweise) hohen Stabilität und Sicherheit, mit ihren Ressourcen an Raum, Geld und Personal enorm viele Möglichkeiten, Wirkung vor Ort zu entfalten – beispielsweise durch die Einbindung der Bewohnerinnen und Bewohner oder die Öffnung der Räumlichkeiten für das Quartier. So entwickeln sich vielfältige Formen der Zusammenarbeit – von der Ko-Existenz verschiedener Produktionsweisen bis hin zur Verschmelzung der Systeme. Hochkultur und Freie Szene gehen zunehmend gemeinsame Wege – das eröffnet Chancen für ihre jeweiligen Standorte in Quartieren oder Stadtzentren.

Es stellt sich die Frage, inwieweit gemeinsame Strukturen vor Ort verstetigt werden können und sollten. Obwohl die Ausgangslagen der etablierten Einrichtungen und der Freien Szene sehr unterschiedlich sind, leiden beide Seiten unter Legitimationsdruck, Sparzwängen, knappen Ressourcen und der schwierigen wirtschaftlichen Situation von Künstlerinnen und Künstlern. Oftmals konkurrieren die Einrichtungen und Akteure beider Seiten auch um zusätzliche Fördermittel. Ein Zusammenwirken könnte auch in dieser Hinsicht neue Spielräume und Möglichkeiten eröffnen und die Durchsetzungskraft vor Ort erhöhen.

Kunst und Kultur als essentielle Faktoren der Stadtentwicklung

Kunst und Kultur sind starke Faktoren der städtischen Entwicklung. Die Kultureinrichtungen und -aktivitäten im Quartier leisten einen wichtigen Beitrag zur Identität und Teilhabe vor Ort. Sie nehmen als Anlaufstellen, Mittler und Sprecher eine Schnittstellenfunktion sowohl in baulicher als auch in sozialer Hinsicht ein. Dies gilt umso mehr angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen, zum Beispiel durch die Globalisierung und die Zuwanderung von Menschen unterschiedlicher Nationalitäten.

Mit ihrer kulturellen und gesellschaftspolitischen Arbeit in multifunktionalen Gebäuden können Kultureinrichtungen sowohl als Anlaufstellen dienen als auch in das Quartier ausstrahlen. Mit dem Programm „Utopolis“ fördert der Bund die Verbindung von Maßnahmen der Städtebauförderung mit Kunst und Kultur in Form von Modellprojekten von soziokulturellen Zentren. Zur Stärkung der sozialen Entwicklung im

Stadtteil, soll Utopolis den Zugang zu Kunst und Kultur für alle Menschen, unabhängig von sozialer Lage und Herkunft verbessern und damit zu mehr Teilhabegerechtigkeit und Zusammenhalt beitragen.

Als Spiegel der Gesellschaft und als Forum für die kritische Auseinandersetzung haben Kunst und Kultur auch eine wichtige Funktion für die Stärkung von Freiheit und Demokratie. Sie legen den Finger in die Wunde, thematisieren gesellschaftliche und politische Entwicklungen und Missstände und tragen zur Entwicklung von Haltungen und Werten bei. Der Deutsche Städtetag hat die Bedeutung von Kunst und Kultur für die Stärkung von Freiheit und Demokratie durch eine Erklärung seines Präsidiums unterstrichen.

Kunst und Kultur haben das Potenzial, zur Aktivierung der Gesellschaft beizutragen. Gleichzeitig darf Kunst nicht für gesellschaftliche Zwecke instrumentalisiert werden. In diesem Spannungsfeld bewegen sich die Akteure und die Künstlerinnen und Künstler vor Ort.

Kulturelle Bildung als Beitrag zur Selbstermächtigung und Teilhabe

Mit ihren Aktivitäten zur kulturellen Bildung leisten die Kultureinrichtungen und -akteure einen weiteren Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Kulturelle Bildung ist Selbstbildung in Lernprozessen, das heißt die Förderung von Persönlichkeitsentwicklung, intellektueller Bildung, Selbstverwirklichung und Entfaltung, Qualifizierung für die Gestaltung und Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen. Sie fördert soziale wie politische Handlungskompetenz und Teilhabe, sensibilisiert für gesellschaftliche und politische Entwicklungen und fördert die interkulturelle Kompetenz durch die Auseinandersetzung mit Gemeinsamkeiten und Unterschieden, mit dem Fremden und dem Anderssein.

Der Deutsche Städtetag tritt dafür ein, dass kulturelle Bildung in öffentlicher Verantwortung den Zielen der Chancengerechtigkeit und der Teilhabe besonders verpflichtet ist und deshalb gezielte Maßnahmen für mehr Bildungsgerechtigkeit erforderlich sind.

Thesen für das Forum

- Zusammenarbeit von Hochkultur und Freier Szene stärken

Durch die institutionalisierte Zusammenarbeit von Hochkultur und Freier Szene können die Vorteile, Chancen und Potenziale beider Produktionsformen verbunden werden. Seit geraumer Zeit etabliert sich die Zusammenarbeit von Hochkultur und Freier Szene, unterstützt durch gezielte Förderungen der öffentlichen Hand. Es bilden sich damit jenseits von überkommenen Zuschreibungen neue Produktionsformen von Kultur heraus, die auf Partizipation und Teilhabe zielen.

- Identifikation und Zusammenhalt durch Kunst und Kultur fördern

Stadttheater und andere Kulturorte setzen sich mit allen gesellschaftlichen Fragen künstlerisch auseinander. Sie leisten damit einen Beitrag zu Identifikation und Zusammenhalt vor Ort. Neue feste-freie Produktionsformen von Kultur – zum Beispiel zwischen Stadttheater, freiem Theater und soziokulturellem Zentrum – wirken als Motoren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt mitten im Quartier.

- Kultur und Stadtentwicklung noch besser verbinden

Kunst und Kultur leisten einen essentiellen Beitrag für die städtische Entwicklung. Sie sollten daher noch mehr als bisher als integrale Bestandteile von Konzepten der Stadtentwicklung verstanden werden. Kunst- und Kulturschaffende sollten sich stärker als bisher in die laufenden Stadtentwicklungsprozesse einbringen, um ihre Bedeutung für Stadt, Gesellschaft und Zusammenhalt deutlich zu machen.

- Bauliche Voraussetzungen für Kulturorte schaffen

Zur Stärkung der Doppelfunktion von Kultureinrichtungen und -initiativen als Identifikations- und Integrationsräume müssen die entsprechenden baulichen Voraussetzungen geschaffen werden. Multifunktionale Außen- und Innenräume sind erforderlich, die sowohl die Einbindung der Bürgerschaft als auch die Öffnung ins Quartier ermöglichen. Als Basis hierfür dienen integrierte Stadtentwicklungskonzepte, die ressortübergreifend zu erarbeiten sind.

Mobilität in Stadt und Region – nachhaltig und gemeinsam

Verkehrsstau, zugeparkte Innenstädte, Luftqualität und Fahrverbote – Fragen der Verkehrspolitik sind in aller Munde. Der Deutsche Städtetag hat im Positionspapier „Nachhaltige Mobilität für alle“ die Themen der Verkehrswende adressiert. Wie kann nachhaltige Mobilität mit leistungsfähigem ÖPNV, Elektromobilität, Rad- und

Fußverkehr gelingen, mit weniger Autos mit Verbrennungsmotoren? Wie lassen sich Lärm- und Schadstoffbelastungen verringern? Und wie stellen sich die Vertreterinnen und Vertreter des Automobilverkehrs, des öffentlichen Personennahverkehrs und des Rad- und Fußverkehrs zu den Herausforderungen?

Mittwoch, 5. Juni 2019: **14:30 bis 15:30 Uhr**

Veranstaltungsort: **Messe Dortmund** (Eingang Nord)
Rheinlanddamm 200
44139 Dortmund

Der Raum wird vor Ort bekannt gegeben.

Gesprächsrunde: **Michael Ebling**
Oberbürgermeister der Stadt Mainz und Mitglied
im Präsidium des Deutschen Städtetages

Christine Fuchs
Vorstand der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und
fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise
in Nordrhein-Westfalen e.V. (AGFS)

Stefan Gerwens
Leiter des Ressorts Verkehr beim ADAC

Ingo Wortmann
Präsident des Verbandes Deutscher
Verkehrsunternehmen e.V. (VDV)

Moderatorin: **Judith Schulte-Loh**
Moderatorin WDR 5

Hauptgeschäftsstelle: **Hilmar von Lojewski**
Beigeordneter des Deutschen Städtetages
im Dezernat Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr

Thomas Kiel d'Aragon
Referent des Deutschen Städtetages
im Dezernat Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr

Michael Ebling

Oberbürgermeister der Stadt Mainz und Mitglied im Präsidium des Deutschen Städtetages



„Die Idee der Verkehrswende ist mittlerweile über dreißig Jahre alt. Es ist höchste Zeit, in die konkrete Umsetzung zu kommen. Der Bund ist nun mit seinem Klimakabinett gefordert, die Eckpunkte zu CO₂-Einsparungen im Verkehr zu klären und der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität an die Hand zu geben, damit sie weiter an einem Konzept für eine zukunftsfähige, nachhaltige und klimafreundliche Mobilität arbeiten kann. Der Bund muss sich dazu bekennen, welche Formen der Förderung mit wieviel Mitteln und welche regulativen Maßnahmen unterstützend auf den Weg gebracht werden sollen. Sonst werden wir uns zwischen den widerstreitenden Haltungen weiter im Kreise drehen und wertvolle Zeit verlieren.“

„Die Ausgestaltung der Verkehrsinfrastruktur ist der Schlüsselfaktor, der über Verkehrsmittelwahl, Verkehrsverhalten sowie die Lebens- und Umweltqualität entscheidet. Wir brauchen eine großzügig dimensionierte Verkehrsinfrastruktur, die zu körperlicher Bewegung einlädt und so eine Änderung des Mobilitätsverhaltens bewirkt, statt sie zu erzwingen. Die Nahmobilität positioniert sich als gesunde „Basismobilität“ neu, die erweitert wird durch intelligente ÖPNV-Angebote. Beides zusammen führt zu einer signifikanten Reduzierung des Autoverkehrs sowie zur Umwandlung der Städte und Gemeinden in grüne, vitale Lebens- und Bewegungsräume.“



Christine Fuchs

Vorstand Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen e.V. (AGFS)

Stefan Gerwens

Leiter des Ressorts Verkehr beim ADAC



„Mobilität ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe. Die neue Vielfalt der Mobilität in urbanen Räumen und Regionen ist dafür förderlich. Digitalisierung und Vernetzung ermöglichen Sharing, Pooling und auch On-Demand-Angebote. Öffentlicher Verkehr wird individueller und Individualverkehr öffentlicher. Daneben setzen der Fahrradboom und alternative Antriebe neue Akzente für eine emissionsfreie oder zumindest emissionsarme Mobilität in Städten. Straßenraum ist neu zu gestalten, die Stadtentwicklung erhält neue Perspektiven. Selten war der Wandel der Mobilität so dynamisch und ihre Gestaltung für Städte und Regionen so chancenreich.“

„Mit Blick auf die Klimaschutzziele 2030 müssen wir Mobilität neu denken. Die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft wollen auch weiterhin effizient, bezahlbar und umweltfreundlich mobil bleiben, während wir gleichzeitig das Verkehrsaufkommen und Emissionen reduzieren müssen. Mehr Mobilität bei weniger Verkehr lautet die Herausforderung in den Städten und in den Regionen. Dies wird nur über den konsequenten Ausbau und die Modernisierung der öffentlichen Verkehrssysteme gelingen. Die Verlagerung von Verkehr hin zu ÖPNV und Eisenbahn ist möglich, wenn wir die notwendigen infrastrukturellen Rahmenbedingungen und Kapazitäten dafür schaffen.“



Ingo Wortmann

Präsident des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. (VDV)

Forenpapier für das Forum E

In der laufenden 19. Legislatur hat sich der Bund einiges vorgenommen: Der Investitionshochlauf Verkehrsinfrastruktur soll auf gleichem Niveau fortgesetzt werden. Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz soll verändert und das GVFG-Bundesprogramm auf 1 Milliarde Euro gesteigert werden. Das Sofortprogramm „Saubere Luft 2017-2020“ soll fortgesetzt und verstetigt werden. Es stehen Neuerungen zur Elektromobilität, zum Radverkehr und eine Stärkung der Schiene an. Der regionale Schienenpersonenverkehr wurde durch Mittelsteigerungen zwar langfristig gesichert, es wurde aber noch keine klare Perspektive für eine tatsächliche Verkehrswende zugunsten des Umweltverbunds von Schienenverkehr, ÖPNV, Fuß- und Radverkehr eröffnet. Insbesondere fehlt bislang ein Gesamtkonzept für nachhaltige Mobilität von Bundesseite, das auch geeignet ist, den Klimaschutzziele Rechnung zu tragen. Hier ist das neue Klimakabinett der Bundesregierung gefordert.

Die Länder müssen für die Gemeindeverkehrsfinanzierung ab 2020 die erforderlichen Mittel für den Ausbau und Umbau von verkehrswichtigen Straßen und ÖPNV-Infrastrukturen bereit- und die Ko-Finanzierung von GVFG-Bundesprojekten sicherstellen. Hinzu tritt, dass Bund und Ländern eine maßgebliche Rolle bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse auch in Hinblick auf die Mobilität in Städten und Regionen zufällt.

Die Städte ihrerseits sind gefordert, den steigenden Anforderungen an nachhaltige Mobilität entsprechende personelle Kapazitäten für die Planung und Ausführung von großen wie kleinen Verkehrsprojekten beizustellen. Der Planungsstillstand infolge der unklaren Fortführung des GVFG hat zu einem Defizit an umsetzungsfähigen Großprojekten im ÖPNV geführt. Dem muss schnell abgeholfen werden. Die vielfältig aufgestellten „Green City Masterpläne“ haben die Erwartung geweckt, dass sie zügig umgesetzt werden.

Der Überschreitung der Stickoxid-Grenzwerte in vielen Städten ist die Bundesregierung durch Förderprogramme zu Nachrüstung, Elektrifizierung und Digitalisierung des Verkehrs begegnet. Die Städte haben hierfür ihrerseits ganz erhebliche finanzielle und personelle Anstrengungen unternommen. Im Ergebnis werden vom Bund voraussichtlich knapp 2 Milliarden Euro für öffentliche und private Fördernehmer bereit-

gestellt. Der Beitrag der Länder ist im Verhältnis dazu deutlich zu niedrig.

Für die motorisierte Individualmobilität werden neue gesetzliche Bestimmungen zur Elektromobilität, zum Carsharing und zum automatisierten Fahren noch zu langsam eingeführt. Sie können eine nachhaltigere individuelle Mobilität befördern. Der Bund hat eine Roadmap für digitale Vernetzung im öffentlichen Verkehr in Angriff genommen. Allerdings ist sie bei weitem noch nicht ausgerollt.

Die angekündigte Modernisierung des Personenbeförderungsgesetzes wird Veränderungen des ÖPNV mit sich bringen: Hier muss es gelingen, dass neue Mobilitätsanbieter ein integraler Bestandteil des auf die Daseinsvorsorge verpflichteten ÖPNVs werden und sich nicht nur die attraktiven „Transportrosinen“ herauspicken. Denn die neuen Dienste können sowohl komplementär, konkurrierend als auch substituierend zum ÖPNV wirken. Ansonsten würde das zu einem Mehr an motorisiertem Individualverkehr führen. Die Städte wollen die Neuerungen erst erproben und dann neue Mobilitätsformen mit Anforderungen so lenken, dass sie die Daseinsvorsorge im Mobilitätsbereich ergänzen und nicht etwa gefährden. Und auch die kommunalen Verkehrsbetriebe bedienen mittlerweile einen Teil der Nachfrage nach neuen Mobilitätsdienstleistungen.

Die Digitalisierung des Verkehrs stellt uns vor erhebliche Herausforderungen. Vernetztes und automatisiertes Fahren wird in den nächsten Jahren im motorisierten Individualverkehr wie im ÖPNV Einzug halten. Anpassungen werden in dem unverändert unterfinanzierten kommunalen Verkehrssektor erfolgen müssen. Hier liegt das Nadelöhr für nachhaltige Mobilität, wenn Straßen- und Brückenschäden, verschlissene Tram- und U-Bahn-Netze und der Mangel an Bussen und Straßenbahnen weiter das Bild bestimmen.

Der Deutsche Städtetag hat sich im Juni 2018 mit seinem Positionspapier „Nachhaltige Mobilität für alle – Agenda für eine Verkehrswende aus kommunaler Sicht“ (<https://t1p.de/popa-mobilitaet>) zu Wort gemeldet. Seine zukunftsfähigen Positionen werden inzwischen vielfach geteilt und haben Eingang in die Arbeit der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität gefunden. Sie soll Eckpunkte für eine nachhaltige Mobilität entwickeln, um die Klimaschutzziele 2030 und 2050 einzuhalten.

Der Deutsche Städtetag setzt sich für eine Transformation der Mobilität und einen Umbau der Verkehrssysteme ein. Nachhaltige Mobilität entsteht vor allem in den Städten und den stadt-regionalen Verflechtungen. Hier leisten der Ausbau von Radwegen, Fußgängerbereichen, die Sanierung von Straßen, Brücken und Tunneln genauso wie der Erhalt und Ausbau des ÖPNV, die Ergänzung mit Bike- und Carsharing-Systemen, die technologieoffene Umrüstung von Fuhrparks auf E-Mobility, Wasserstoff oder Erdgas, die Erstellung von Mobilitätskonzepten, die bedarfsgerechte Lenkung von Verkehrsströmen für einen nachhaltigen Personen- und Güterverkehr in Städten und Regionen einen unverzichtbaren Beitrag.

Im Ergebnis muss jedoch konstatiert werden, dass Deutschland noch deutlich von einer messbaren Verkehrswende entfernt ist. Der Verkehr bleibt klima-, umwelt- und wirtschaftspolitisch für Produzenten, Logistik, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Achillesferse der öffentlichen Daseinsvorsorge. Erzielte Effizienzgewinne werden bislang über die Zunahme des Bestands an Kraftfahrzeugen und höhere Verkehrsleistungen aufgezehrt. Insgesamt leistet der Verkehr noch keine wirksamen Beiträge für die Erreichung der klima- und umweltpolitischen Ziele.

Gleichzeitig ist zu beobachten, dass die durch den Verkehr bedingten Problemlagen in den Städten fast ausschließlich aus der Perspektive des Alltagsverkehrs von Personen betrachtet werden. Dienstliche und geschäftliche Verkehre, vor allem aber Lieferverkehre und die Wirkungen des Online-Handels werden dabei häufig vernachlässigt, obwohl diese einen Großteil der Verkehrsleistung in Städten und Regionen ausmachen.

Fragestellungen für das Forum

Die Weichenstellungen, Finanzierungsmodi und Gesetzesinitiativen zur Verkehrspolitik können für die stadt-regionale Mobilität zu tiefgreifenden Änderungen führen. Zwei Szenarien konkurrieren:

Ändern Menschen ihr Mobilitätsverhalten, weg vom fossil betriebenen Individualverkehr? Wird sich das Angebot im öffentlichen Personennahverkehr in Stadt und Region qualitativ und quantitativ steigern sowie individueller, vernetzter und effizienter gestalten lassen? Eröffnet gar die Automatisierung von Verkehren im Personen- und Liefer-

verkehr Chancen zur Umwelt- und Verkehrsentslastung? Und wird sich der Modal Split zugunsten des Umweltverbunds tiefgreifend ändern und mehr städtische Freiräume anstelle von Verkehrsflächen schaffen?

Oder aber führt das Beharrungsvermögen bei der Wahl der Verkehrsarten und die Beschränkung der finanziellen Mittel für den Erhalt, die Ertüchtigung und den Ausbau des Umweltverbunds von ÖPNV, Fuß- und Radverkehr trotz des hohen Bedarfs an umweltverträglicher Mobilität zur Stagnation des Umweltverbunds an der Gesamtverkehrsleistung? Und hat die Digitalisierung eher eine weitere Individualisierung der Mobilität zur Folge, hin zum automatisierten und bestenfalls elektrisch motorisierten Individualverkehr, der am Ende mehr und nicht weniger Verkehr verursacht?

Das Forum will die Herausforderungen für eine nachhaltige Verkehrspolitik unter Einbeziehung aller Verkehrsträger und die Rolle der Digitalisierung in der Mobilität diskutieren und kommunale Positionen hierzu weiter schärfen. Entscheidend dafür sind Gestaltungsmöglichkeiten der Städte und der Austausch über notwendige und sinnvolle Maßnahmen. Hierfür können als Referenz einige Thesen dienen.

Thesen für das Forum

- Verkehrswende

Eine Verkehrswende kann nur im Gegenstromprinzip funktionieren: Die Nachhaltigkeitsziele zum Verkehr auf globaler und die Vorgaben auf europäischer Ebene müssen in politische und finanzielle Weichenstellungen auf nationaler Ebene münden, die die regionalen und lokalen Ebenen in die Lage versetzen, Projekte für einen nachhaltigen Verkehr ausfinanziert und in überschaubaren Zeiträumen umzusetzen.

- Akzeptanz von Projekten

Die Akzeptanz von Projekten der Verkehrsinfrastruktur in der Öffentlichkeit bemisst sich entscheidend nach der Kompensation ihrer Eingriffe und dem Schutz vor ihren Auswirkungen, wie Lärm, Barrierewirkung und Raumbedarf. Projekte müssen so geplant und finanziert werden, dass diese Akzeptanz befördert wird. Hierfür sind Bürgerbeteiligung und ein höherer Finanzierungsanteil erforderlich. Das bildet der Bundesverkehrswegeplan noch nicht ab.

- Finanzierung sicherstellen

Die Finanzierung einer Verkehrswende bedarf auch auf Länder- und kommunaler Ebene eines deutlichen Aufwuchs der verfügbaren Mittel, der Beschleunigung von Planungsverfahren und der Anpassung der Planungs- und Ausführungskapazitäten an den erhöhten Bedarf. Nahverkehrspläne, digitales Mobilitätsmanagement und nachhaltige Verkehrsentwicklung sind in ihrer Bedeutung zu stärken.

- Infrastrukturbedarf für den autonomen Individualverkehr

Für den Infrastrukturbedarf des autonomen Individualverkehrs müssen zuvorderst Nutzerinnen und Nutzer und die Wirtschaft (Automobilhersteller und andere) aufkommen. In erster Linie ist jedoch die Automatisierung des öffentlichen Verkehrs entscheidend zu fördern.

- Verfügbarer Raum ist endlich

Der verfügbare Raum in Städten ist endlich. Für lebenswerte, attraktive Stadträume gilt, die Verkehrs-

leistung auf möglichst wenig Raum abzuwickeln und den für den Kraftfahrzeugverkehr verfügbaren Raum zu begrenzen. Hierfür können die Leitsätze des Positionspapiers „Öffentlicher Raum und Mobilität“ (<https://t1p.de/popa-oeffentlicher-raum-mobilitaet>) herangezogen werden.

- Digitalisierung erschließt Potentiale

Die Digitalisierung von Lebenswelten wird neue Potentiale für Intermodalität, eine optimierte Verkehrsmittelwahl und die Verknüpfung von Verkehrsarten erschließen. Sie ist so zu gestalten, dass den individuellen und wirtschaftlichen Mobilitätsanforderungen, der Energie- und Verkehrseffizienz und dem Klima- und Umweltschutz Rechnung getragen wird. Die digitale Vernetzung sollte vom ÖPNV ausgehend (Echtzeitauskunft und verkehrsmittelübergreifenden Ticketing) voranschreiten. Seine Attraktivität muss durch individuelle Angebote und den optimierten Einsatz von Mitfahr-, Taxi- und ÖPNV-Systemen gesteigert werden. Die Städte sollten klare Anforderungen an Sharing- und Poolingsysteme zur Ergänzung des ÖPNV stellen können.

Gleichstellung – ein Gradmesser für Demokratie und Zusammenhalt in den Städten

Demokratische Errungenschaften und Werte, unter ihnen auch die Gleichstellung, werden im öffentlichen Diskurs zunehmend in Frage gestellt. Im Forum soll diskutiert werden, welche Auswirkungen dies auf unser Demokratieverständnis insgesamt hat. Was sind Gefahren und wie kann die Debatte vielleicht auch als Chance genutzt werden? Welche Rolle kann die Gleich-

stellungspolitik dabei einnehmen? In Zeiten richtungsweisender Prozesse und vielfältiger Herausforderungen (Digitalisierung, Globalisierung und Migration) verspüren die Menschen ein Bedürfnis nach Übersichtlichkeit, suchen gleichsam einen Anker. Die Stadtgesellschaft kann ein solcher sein.

Mittwoch, 5. Juni 2019:

12:00 bis 13:15 Uhr

Veranstaltungsort:

Messe Dortmund (Eingang Nord)
Rheinlanddamm 200
44139 Dortmund
Halle 1

Gesprächsrunde:

Sonja Leidemann
Bürgermeisterin der Stadt Witten und Vorsitzende des Frauen- und Gleichstellungsausschusses des Deutschen Städtetages

Dr. Julia Paulus
Referentin für Frauen- und Geschlechtergeschichte, LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte

Judith Rahner
Bildungsreferentin der Amadeu-Antonio-Stiftung, Berlin

Bettina Wilhelm
Landesbeauftragte für Frauen, Bremen

Moderatorin:

Andrea Blome
Journalistin und Beraterin

Hauptgeschäftsstelle:

Klaus Hebborn
Beigeordneter des Deutschen Städtetages im Dezernat Bildung, Kultur, Sport und Gleichstellung

Tanja Demmel
Referentin des Deutschen Städtetages im Dezernat Bildung, Kultur, Sport und Gleichstellung

Sonja Leidemann

Bürgermeisterin der Stadt Witten und Vorsitzende des Frauen- und Gleichstellungsausschusses des Deutschen Städtetages



„Als 1949 der Artikel 3 Abs. 2 „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ nach langem Kampf ins Grundgesetz aufgenommen wurde, freuten sich mindestens die vier Mütter des Grundgesetzes und ihre zahlreichen Mitstreitenden. 70 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes gibt es sicherlich in Deutschland viele positive Errungenschaften im Hinblick auf die Gleichstellung. Gleichwohl stellt sich angesichts vieler Herausforderungen, wie dem rechtsstaatlichen Umgang mit Digitalisierung oder Migration, die Frage nach den Gefährdungspotenzialen unserer demokratischen Errungenschaften – hier auch die Gleichstellung –, die in der Stadtgesellschaft am ehesten erlebbar sind.“

„Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, sondern eine Aufgabe!“ – dieser Ausspruch von Marie Zettler, die als Abgeordnete der Weimarer Nationalversammlung vor 100 Jahren zu den ersten Politikerinnen der neu entstandenen deutschen Republik gehörte, verweist auf den Prozesscharakter demokratischen Arbeitens und die Erkenntnis, dass es auch und gerade vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen immer wieder lohnt, an Errungenschaften unserer Demokratie, wie das im Grundgesetz verankerte Prinzip der Gleichstellung und die Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit, zu erinnern und dafür einzutreten.



Dr. Julia Paulus

Referentin für Frauen- und Geschlechtergeschichte, LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte

Judith Rahner

Bildungsreferentin der Amadeu-Antonio-Stiftung, Berlin



„Rechtspopulistische Stimmungen in der Gesellschaft und ein Erstarren antidemokratischer Haltungen gehen mit einem Anstieg von Antifeminismus einher. Es ist eine bekannte rechtspopulistische Strategie, die Standards einer offenen, liberalen, modernen Gesellschaft anzugreifen, umzudeuten und umzukehren. Dementsprechend geraten zivilgesellschaftliche Akteure und Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte zunehmend unter Druck, denn Gleichwertigkeit, Gender, Feminismus oder Vielfalt sind im Rechtspopulismus Feindbilder, die es zu bekämpfen gilt. Die Anfeindungen von Gleichstellungspolitiken müssen im Blick behalten werden und als das bezeichnet werden, was sie sind: antidemokratisch!“

„Demokratisch ist, wenn Frauen und Männer gleiche Chancen auf Teilhabe und Gestaltung von Gesellschaft haben. Das ist noch lange nicht erreicht. Wir sorgen uns um die Demokratie. Dass Geschlechtergerechtigkeit elementarer Teil davon ist, kommt aber nur langsam im allgemeinen Diskurs an. Dabei ist dies umso wichtiger, je öfter Populisten Frauenrechte in Zweifel ziehen und alte Rollenklischees als zukunftsfähig verkaufen. Es muss also gelingen, die Handelnden in Politik und Verwaltung zu überzeugen, Gleichstellung systematisch in ihrem Tun zu verankern. Gleichstellungsarbeit ist kein Side-Kick, sondern zentraler Handlungsauftrag und Arbeit für die Demokratie.“



Bettina Wilhelm

Landesbeauftragte für Frauen, Bremen

Sitzungspapier

Unsere Gesellschaft unterliegt aktuell gravierenden Transformationsprozessen und diese Entwicklung vollzieht sich zunehmend schneller. Allein die Herausforderungen von Digitalisierung und Globalisierung sind geeignet, Menschen zu verunsichern, weil sich selten einfache Antworten auf die damit verbundenen komplexen Problemlagen finden. Hinzu kommt nach dem Höhepunkt der Flüchtlingsbewegung im Jahre 2016 die Herausforderung, eine große Gruppe von Menschen aus völlig anderen Kulturkreisen in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Derzeit werden im politischen Diskurs demokratische Errungenschaften zunehmend in Frage gestellt, unter ihnen die Meinungsfreiheit, die Religionsfreiheit, das grundrechtlich verbrieft Asylrecht und auch die Gleichstellung. Es ist die Rede vom „Genderwahn“ und Gleichstellungsbeauftragte sehen sich gar mit der Behauptung konfrontiert, dass ihre Arbeit überflüssig sei, weil die Gleichstellung der Geschlechter längst erreicht sei. Auch findet sich Propaganda für ein konservatives Familienbild mit traditioneller Arbeitsteilung, das bereits überholt und längst nicht mehr geeignet ist, die Pluralität unterschiedlichster Lebensformen abzubilden. Zwar sind Diskussionen schon immer kontrovers geführt worden, aber neuerdings ist die Auseinandersetzung mit Sachthemen auf Konfrontation ausgerichtet. Dabei werden Anstand, Respekt und Toleranz gegenüber Andersdenkenden nicht selten außer Acht gelassen. In den Parlamenten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sind populistische und teilweise extremistische Akteure dabei, einen regressiven Diskurs salonfähig zu machen, der auch gemäßigte gesellschaftliche und politische Lager anzustecken droht.

Artikel 3 Abs. 2 Grundgesetz – Zielsetzung und Realität

Das Grundrecht der Gleichberechtigung hat hohes Gewicht und wurzelt in der Würde des Menschen. Obwohl die Gleichberechtigung von Männern und Frauen bereits 1949 in Art. 3 Abs. 2 Grundgesetz verankert wurde, sah sich der Verfassungsgeber 1994 veranlasst, die Verwirklichung von Gleichberechtigung mit der Formulierung „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und

Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ (Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG) näher zu konkretisieren. Das Grundgesetz versteht Gleichberechtigung daher nicht nur im Sinne einer formalen Rechtsgleichheit zwischen Frauen und Männern, sondern postuliert die tatsächliche Gleichstellung als Auftrag im Sinne eines Staatsziels. In Umsetzung dessen hat der Gesetzgeber zahlreiche einfachgesetzliche Regelungen erlassen, wie beispielsweise das Bundesgleichstellungsgesetz und die Gleichstellungsgesetze der Länder. Auch ist bei der Auslegung einfachgesetzlicher Vorschriften stets die Ausstrahlungswirkung von Art. 3 Abs. 2 GG zu beachten. Der Lebenswirklichkeit entsprechend wird damit deutlich, dass die Gleichberechtigung der Geschlechter noch nicht erreicht ist, sondern dass die Beseitigung von (insbesondere) strukturellen Nachteilen eine öffentliche Aufgabe ist.

Zwar hat die Gleichstellungspolitik in den letzten 70 Jahren viel erreicht auf dem Weg in eine tolerante Gesellschaft, die ohne Hierarchien zwischen den Geschlechtern auskommt und in der Ausgrenzungen und Sexismus bekämpft werden, damit Menschen ihr persönliches und berufliches Entfaltungspotential nutzen können. Aber: Es handelt sich nach wie vor um einen Prozess, in dem weiterhin großer Handlungsbedarf besteht. Denn weiterhin gibt es zwischen Frauen und Männern deutliche Lohnunterschiede. Sowohl in politischen Ämtern als auch in Führungspositionen sind Frauen unterrepräsentiert. In der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern übernehmen Frauen noch immer den Löwenanteil von Kindererziehungs- und Familienarbeit sowie die Pflege von Angehörigen. Konsequenzen sind unterbrochene Erwerbsbiografien und Teilzeitarbeit mit allen Folgen von Altersarmut.

Art. 3 Abs. 2 Grundgesetz beansprucht Geltung, denn das in ihm verankerte Postulat entspricht noch nicht der Lebensrealität von Frauen als der größten Bevölkerungsgruppe in unserer Gesellschaft.

Gleichstellungspolitik zur Stärkung der Demokratie

Um sich der Frage zu nähern, inwiefern die Umsetzung der Gleichstellung Rückschlüsse auf den Zustand der Demokratie zulässt, stellt sich zunächst einmal die Frage, was Demokratie überhaupt ist. Das Bundesverfassungsgericht definiert das politische System in

Deutschland als freiheitlich demokratische Grundordnung oder auch „streitbare“ und „wehrhafte“ Demokratie. Zu ihren Kernelementen gehören demokratische Wahlen, die Grundrechte, die Gewaltenteilung und das Rechtsstaatsprinzip sowie eine Öffentlichkeit mit freien Medien. Niederschlag finden diese Prinzipien im Grundgesetz.

Als Grundrecht ist damit auch die Gleichstellung ein Kernelement der Demokratie. Wenn beispielsweise von Rechtspopulisten die Existenzberechtigung dieses Grundrechts offen in Abrede gestellt wird, wird damit gleichsam ein Grundwert unseres Zusammenlebens in Frage gestellt. Demokratiegefährdende Entwicklungen stoßen vor allem dort auf Resonanz, wo Menschen keine oder subjektiv nur unzureichende Antworten auf Fragen finden, mit denen sie sich im eigenen Leben konfrontiert sehen. Demokratie ist insofern nicht nur eine Idealvorstellung, sondern entscheidend ist, dass sie von der Bevölkerung auch als funktionierend empfunden wird.

Populistische und antifeministische Propaganda leben davon, vermeintlich einfache Antworten auf komplexe Fragestellungen zu liefern, indem Vorurteile und Ressentiments gegen Geflüchtete, gegen Muslime und auch gegen Frauen befeuert werden. Dem kann nur mit Sachlichkeit begegnet werden und damit, Missstände und Probleme offen zu benennen. Hier setzt Gleichstellungspolitik mit ihren konkreten Maßnahmen in der Gleichstellungsarbeit vor Ort an. Denn diese zielen darauf ab, soziale und berufliche Teilhabe sowie

Chancengleichheit herzustellen. Wenn Menschen Teilhabe erleben, erleben sie Gemeinschaft und nur aus der Gemeinschaft heraus kann Solidarität entstehen. Solidarität, in der Bereitschaft wachsen kann, sich für Schwächere und Minderheiten einzusetzen.

Gleichstellungsarbeit ist somit basisdemokratische Arbeit, getragen von der Leitidee, für eine offene Gesellschaft einzutreten, in der alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Religion, Herkunft und sexueller Orientierung gleichberechtigt leben können.

Fragen für die Podiumsdiskussion

- Was kann Gleichstellungsarbeit für die Identität und den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft leisten?
- Wie kann Gleichstellungsarbeit auf kommunaler und auch auf Landesebene gestärkt werden?
- Wie kann der Deutsche Städtetag hierbei unterstützen?

Die Interfraktionelle Frauensitzung will Antworten auf die Frage finden, warum es sich lohnt, die demokratischen Grundwerte unserer Verfassung hochzuhalten und Bestrebungen entschieden entgegen zu treten, die darauf abzielen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gefährden.

